



**Dr. h. c. Susanne Kastner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses

Pressemitteilung

# **Bekanntgabe des Stationierungskonzepts**

## **Signifikante Reduzierungen treffen die Bundeswehr in Bayern**

Berlin, 26.10.2011

**Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77332  
Fax: +49 30 227-76267  
susanne.kastner@bundestag.de  
www.susanne-kastner.de

**Berlin/Bayern Anlässlich der Bekanntgabe des Konzepts zur zukünftigen Stationierung der Bundeswehr teilt die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Dr. h. c. Susanne Kastner Folgendes mit:**

Nach der überstürzten Aussetzung der Wehrpflicht muss Verteidigungsminister de Maizière die Bundeswehr den neuen Gegebenheiten anpassen. Die Schließung bzw. signifikante Reduzierung zahlreicher Standorte ist deshalb aus Sicht der Regierungskoalition unvermeidbar.

Minister de Maizière hatte im Vorfeld angekündigt, die Standortentscheidungen abhängig zu machen von Funktionalität, Kosten, Attraktivität sowie der Präsenz in der Fläche. Doch an einigen Standorten scheinen andere Beweggründe wichtiger gewesen zu sein.

Die Zahl der Standorte in Deutschland sinkt auf nunmehr 264. Geschlossen werden 31 Standorte, weitere 90 werden signifikant reduziert. Einige Reduzierungen sind dabei so umfangreich, dass man eigentlich von einer Schließung sprechen müsste. Insgesamt werden 84.000 Dienstposten gestrichen, wovon auf Bayern ein Minus von 19.700 DP entfällt.

Von den zu schließenden Standorten haben bundesweit 8 bis zu 100 Dienstposten, 4 bis 500 DP, 13 bis 1.000 DP und 6 über 1.000 Dienstposten.

In Bayern entfallen 1 Standort mit bis 1.000 Dienstposten und 2 mit über 1.000 Dienstposten.

Den betroffenen Regionen und den Beschäftigten wird viel abverlangt. Zusammen mit den Personalvertretungen werde ich auf eine sozialverträgliche Lösung für die Beschäftigten der Bundeswehr drängen.



**Zu Bayern:**

Für Bayern hat das neue Stationierungskonzept folgende Auswirkungen. Aufgelöst werden die Bundeswehrstandorte in Fürstentfeldbruck, Kaufbeuren und Penzing.

Signifikant reduziert werden die Standorte Altstadt, Amberg, Bamberg, Bayerisch Eisenstein, Deggendorf, Donauwörth, Erding, Füssen, Hammelburg, Kempten, Manching, München, Regensburg, Roth, Sonthofen, Traunstein, Untermeitingen, Volkach, Wildflecken und Würzburg.

**Zu Unterfranken:**

Die Ausbildungsachse Hammelburg-Wildflecken wird ebenfalls stark verkleinert von 2.280 Dienstposten auf 1.300 bzw. 800 auf 390. Volkach wird von 1.830 DP auf 1.150 reduziert und Veitshöchheim von 1.190 auf 880. Das ist ein herber Schlag für Unterfranken, das mit einem Abbau von 2.380 Dienstposten stark betroffen ist.“ so die Ausschussvorsitzende Dr. h. c. Kastner zur Entscheidung des Ministers.

„Leider ist de Maizière nicht unserem Vorschlag gefolgt, die Standorte in München zu schließen zu Gunsten des ländlichen Raums. Gerade für die ländlichen Gebiete ist die Auflassung eines Bundeswehrstandortes bzw. die starke Reduzierung der Truppenstärke ein herber Schlag.“ so Kastner.

Notwendig sei es nun, dass die bayerische Staatsregierung umgehend ein Konversionsprogramm in die Weg leitet, um die betroffenen Regionen bei der Umsetzung von Nachnutzungskonzepten zu unterstützen. „Ministerpräsident Seehofer ist in der Pflicht, die Konversionsgelder, die bereits in den 90er Jahren vom damaligen Ministerpräsidenten Schröder für die Länder erkämpft wurden und seitdem in die Länderhaushalte fließen, auch tatsächlich in die Nachnutzung von Kasernen zu investieren.“

Die SPD-Fraktion wird sich darüber hinaus dafür stark machen, dass im Einzelplan 14 (Verteidigungsetat) Mittel für Konversionsmaßnahmen eingeplant werden.